

Der Auftritt von Verfassungsschützern in der politischen Bildung enthält noch weitere Verdachtsmomente: Soll die Anwesenheit des Geheimdiensts und seine Tätigkeit an Schulen normal und alltäglich werden? Besteht aus Sicht des Verfassungsschutzes die „Gefahr“, dass wir unseren Schülerinnen und Schülern nicht die richtige Einordnung von in der Gesellschaft vorhandenen politischen Haltungen vermitteln? Soll hier Nachwuchs für den Dienst angeworben werden? Sollen im Einsatz des Verfassungsschutzes Informationen an die Jugend weitergegeben oder gar erst durch sie oder über sie gewonnen werden? Wer weiß. Kommen am Ende bald diejenigen im Verfassungsschutzbericht vor, die gegen den Verfassungsschutz an Schulen sind, wie es bei denen, die gegen die Bundeswehr an Schulen sind, schon geschehen ist?

„Den russischen Kommunismus mit dem Nazifaschismus auf die gleiche moralische Stufe zu stellen, weil beide totalitär seien, ist bestenfalls Oberflächlichkeit, im schlimmeren Falle ist es – Faschismus. Wer auf dieser Gleichstellung beharrt, mag sich als Demokrat vorkommen, in Wahrheit und im Herzensgrund ist er damit bereits Faschist und wird mit Sicherheit den Faschismus nur unaufrichtig und zum Schein, mit vollem Haß aber allein den Kommunismus bekämpfen.“

Thomas Mann

Die AG trifft sich jeden 1. Schulmontag des Monats um 17.00 Uhr im DGB-Haus München
gew-sv-muenchen@link-m.de
almut.buettner-warga@verdi.de

Lesetipps:

Arbeitskreis Extremismusbegriff (Hg.) 2012: Schulverweis für Andi! - Warum der Verfassungsschutz mit seiner Bildungsarbeit gegen „Extremismus“ scheitert. Unrast Verlag, Münster. ISBN: 978-3-89771-528-8 120 Seiten. 12,00 Euro

Susanne Meinl, Joachim Schröder: Einstellung zum demokratischen Staat: Bedenkenfrei – zur Frühgeschichte des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz (1949-1965)

https://www.dropbox.com/s/u5qt2okf0mdk9bc/braunewurzeln%20studie%20final_.pdf



„Der DGB Bundesjugendausschuss beschließt, dass die Gewerkschaftsjugend jegliche Bildungsarbeit des Verfassungsschutzes ablehnt. Die

DGB-Jugend spricht sich eindeutig gegen jedes Engagement des Geheimdienstes in diesem Themenfeld aus...“

jugend.dgb.de/dgb_jugend/ueber-uns/wer-wir-sind/bundesjugendausschuss/beschluesse

Demokratisches JugendFORUM Brandenburg e.V. (DJB): Bildung ohne Geheimdienst djb-ev.de/sites/djb-ev.de/files/boG_maerz_2013_djb_klein.pdf

V.i.S.d.P.: J. P. Graf; Schwanthaler Str. 64; 80336 München; Druck: Druckwerk; Januar 2014



Informationen zur Meinungsvielfalt Nr. 7



Rosenmontagszug Düsseldorf; bloegi.wordpress.com

Schlapphüte an Schulen – Über „Verfassungsschützer“ als „Experten für Extremismus“

Unter der Bezeichnung Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) arbeitet in Bayern das Landesamt für Verfassungsschutz mit dem Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst zusammen. Die Homepage der BIGE „informiert“ im Sinne der Extremismustheorie auf zwei getrennten Bereichen formal in derselben Art: „Bayern gegen Rechtsextremismus!“ und „Bayern gegen Linksextremismus!“.

Die BIGE präsentiert auf ihrer Homepage unter Titeln wie „Lehrplanbezug“, „Inhaltliche Grundlagen/Texte“ und „Didaktische Vorschläge“ Expertenwissen für den Politikunterricht. Die Experten laden Schulklassen zu sich ein, werden an Schulen eingeladen und geben Informationen im Sinne der Extremismustheorie weiter. In Niedersachsen spielen sie auch das Rollenspiel „Demokratie und Extremismus“, das der dortige Verfassungsschutz entwickelt hat und das vom Bundesfamilienministerium finanziell unterstützt wurde. Herausgegeben hat das Spiel die Niedersächsische Extremismus-Informationsstelle (Neis), eine 2009 eingerichtete Anlaufstelle für die Öffentlichkeit im Verfassungsschutz. Neis ersetzt in der politischen Bildung die dortige Landeszentrale für politische Bildung, die man 2004 aufgelöst hat.

Die zentrale demokratische Grundlage der Bundeszentrale wie der einzelnen Landeszentralen für politische Bildung besteht aber im Beutelsbacher Konsens, in dem man 1976 die Bedingungen der politischen Bildung an Schulen festschrieb. Hier lesen wir vom Verbot der Überwältigung, vom Gebot der Kontroversität und von der Pflicht, die Schülerinnen und Schüler in die Lage zu versetzen, eine politische Situation und ihre eigenen Interessen analysieren zu können. Leistet das ein Beamter des Verfassungsschutzes vor einer Klasse? Halten z.B. die politisch sehr vereinfachten Darstellungen in dem Comic „Andi 3 – Voll die Randal“ zum Thema Linksextremismus (hrsg. vom Innenministerium NRW und bei der BIGE herunterzuladen) diesem Anspruch stand? Oder die pauschale Beschreibung der Ausgangslage für das angesprochene Rollenspiel:

Hör Tipp:

Ein Schultag mit Schlapphut – Der Verfassungsschutz gibt Unterricht (Zündfunk) www.br.de/radio/bayern2/sendungen/zuendfunk/kolumnen-sendungen/generator/verfassungsschutz-schule-generator-100.html



Bild zur Sendung - Bayerischer Rundfunk

„Am Rande eines Dorfes liegt ein Soldatenfriedhof. Als sich Extremisten zum Aufmarsch ankündigen, rufen Bewohner zur Bürgerversitzung auf. Es erscheinen: drei Vertreter demokratischer Parteien, der Partei für Freiheit, der für Gleichheit und der für Brüderlichkeit. Sie alle stehen auf dem Boden des Grundgesetzes. Aber auch Vertreter einer rechts- und linksextremen sowie einer islamistischen Partei folgen der Einladung. Sie alle wollen eine Diktatur errichten: Der Rechtsextreme plant einen Führerstaat, die Linksextreme eine Diktatur des Proletariats und der muslimische Extremist einen Gottesstaat. Wer wird sich am Ende durchsetzen?“ (Frankfurter Rundschau online 28.2.12)

Wer in einem „Extremograph“ (vgl. LfV Brandenburg) Neonazismus und Antifaschismus als Vertreter von „Extremismus“ gleichsetzt,

ordnet auch die demokratisch notwendige kritische Diskussion um die Themen „Bundeswehr an Schulen“ und die Forderung nach Zivilklauseln an deutschen Hochschulen unter „Extremismus“ ein. Ein Verfassungsschutzbericht (vgl. Baden-Württemberg 2012), der keine Unterscheidung trifft, wer aus welchen Gründen gegen die Verwendung von Bundeswehrangehörigen als Referenten für Außen- und Sicherheitspolitik an Schulen ist, leugnet damit auch den gesellschaftlichen Diskurs, der über diese Themen stattfindet und rückt pauschal Menschen mit friedenspolitischem Engagement in eine Ecke, die es anscheinend von staatlicher Seite als Staatsfeinde zu beobachten gilt. Ihre Gefährlichkeit für die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ wird mit der von Neonazis der NPD oder des NSU wenn nicht gleichgesetzt, so doch in einem Atemzug benannt.

Wenn Verfassungsschützer bereits Schülerinnen und Schülern ab der 4. Klasse mit ihrer Deutung der politischen Lage gegenüber treten, kommt leicht der Verdacht einer möglichen Überwältigung auf. Kontroversität im Sinne einer Darstellung der derzeit stattfindenden Aufarbeitung und Bewertung der Rolle des Verfassungsschutzes im Zuge des NSU-Prozesses kann man von diesen „Experten“ wohl kaum erwarten. Ein Geheimdienst, dessen Wirken per se nicht transparent von jedem verfolgt werden soll, kann in der Rolle einer vertrauenswürdigen Lehrkraft nicht legitim auftreten. Aufklärungsarbeit an Schulen steht immer noch uns Lehrerinnen und Lehren zu.